V17 Ein Aufschwung für Wirtschaft, Staat und Gerechtigkeit

Gremium:	Landesvorstand NRW
Beschlussdatum:	04.06.2024
Tagesordnungspunkt:	Dringlichkeitsanträge

Antragstext

Ein Aufschwung für Wirtschaft, Staat und Gerechtigkeit

Jahrzehntelang hat sich Deutschland in immer stärkere Abhängigkeit von fossilen Energieimporten begeben. Nicht zuletzt die Abhängigkeit von günstigem Gas aus Russland stieg zuletzt auf bis zu 55 Prozent und unterstützte damit jahrelang ein System, das heute einen abscheulichen Krieg gegen die Ukraine führt, unsagbares Leid verursacht und die gesamte Region destabilisiert. Diese Probleme werden seit dem 24. Februar 2022 von Wirtschaft und Politik mit voller Konsequenz adressiert. Unser Land aus dieser Abhängigkeit zu befreien, bindet enorme politische und volkswirtschaftliche Kraft, Energiepreise sind gestiegen und die Verunsicherung ist gewachsen, im Ergebnis zeigt sich eine Stagnation der Wirtschaft.

Das hat Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Ob im Bund, in den Ländern oder in den Kommunen: Die Kassen sind angespannt, gleichzeitig ist der Investitionsbedarf hoch wie nie.

Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gehen wir GRÜNE konstruktiv und verantwortungsvoll damit um und handeln entsprechend. Neben dem Lösen von Investitionsbremsen durch Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, dem Abbau bürokratischer Lasten und dem beschleunigten Aufbau einer klimaneutralen, günstigen und widerstandsfähigen Energieversorgung priorisieren wir Aufgaben und Projekte sorgfältig. Konkret heißt das zum Beispiel: Nicht jedes Förderprogramm, das irgendwann einmal gestartet wurde, kann weiterlaufen. Nicht jedes wünschenswerte Projekt kann wie geplant umgesetzt werden.

Klar ist aber auch: Der Investitionsbedarf der Republik in die klimaneutrale Transformation wird auf rund fünf Billionen Euro geschätzt, was jährlichen Zusatzinvestitionen von etwa 100 Milliarden Euro entspricht. Die USA zeigen, dass dadurch ein enormer Aufschwung möglich ist, von dem die Breite der Gesellschaft profitiert. Wir sollten diese Chance weder liegen lassen noch den Anschluss daran verlieren. Wir müssen investieren; staatlich und privat. Allein mit Einsparungen in den laufenden Haushalten sind diese Summen nicht zu realisieren. Davon unabhängig kann ein sozialpolitischer Kahlschlag aus grüner Sicht nicht die Antwort auf die Zeitenwende sein.

Dazu kommt, dass die Zeitenwende eine ganze Reihe neuer Ausgabenotwendigkeiten mit sich bringt. Deutschland muss sich darauf einstellen, seine Sicherheitsausgaben weiter zu steigern, um der wachsenden Bedrohung unserer Sicherheits- und Friedensordnung wirksam entgegentreten zu können. Diese Realität haben wir uns weder gewünscht noch ausgesucht.

Unter diesen neuen Realitäten bremst die Einhaltung der aktuell im Grundgesetz verankerten Schuldenregeln das Land und seine Zukunftsfähigkeit. Notwendige Investitionen in Infrastruktur, Transformationsprojekte und gesellschaftlichen Zusammenhalt können nicht mehr im notwendigen Umfang finanziert werden. Das werden die Menschen in unserem Land spüren. So wie wir heute die versäumten Investitionen der vergangenen 20 Jahre bemerken, werden wir in 20 Jahren mit den versäumten Investitionen von heute umgehen müssen. Der Unterschied ist, dass die notwendigen Investitionen, die heute getätigt werden müssen, nicht nur die öffentliche Infrastruktur betreffen, sondern gleichzeitig in den Unternehmen erfolgen müssen, um den Industriestandort Nordrhein-Westfalen erhalten zu können.

Unser Staat hat grundsätzlich die Fähigkeit, finanzielle Sicherheit zu gewährleisten, die weit über das hinausgeht, was privatwirtschaftliche Unternehmen oder der freie Markt leisten können. Es ist daher unerlässlich, dass er seine Handlungsfähigkeit aktiv unter Beweis stellt. Diese Handlungsfähigkeit muss gesichert sein. Nur so kann der Staat seiner Rolle gerecht werden und die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, um eine nachhaltige und zukunftsorientierte Infrastruktur zu fördern.

Es wäre ein großer Fehler, diese Mehrausgaben dadurch zu finanzieren, die Axt an die soziale Infrastruktur anzulegen, wie es jetzt einige fordern. Äußere Sicherheit auf Kosten innerer oder sozialer Sicherheit zu erreichen, verbreitert gesellschaftliche Gräben und wäre damit auch ein Konjunkturprogramm für Demokratiefeinde. Genauso falsch wäre es, Deutschlands internationales Engagement im humanitären, entwicklungs- oder klimapolitischen Bereich abzuwickeln. Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die immer deutlicher zutage tretenden Auswirkungen der Klimakrise - die Welt ist heute eine andere als noch vor 20 Jahren. Dieser veränderten Welt kann man nicht mit einer überholten Haushalts- und Finanzpolitik begegnen. Und doch wollen einige weiterhin „Normalität“ simulieren, statt die neuen Realitäten auch fiskalisch abzubilden. Die Schuldenregeln im Grundgesetz und in einigen Landesverfassungen sind weder Naturgesetz noch göttliche Fügung. Sie waren vor 15 Jahren das Ergebnis einer Mehrheitsbildung als Folge der Finanzkrise. Sie können angepasst werden – mit neuen Mehrheiten für neue Zeiten.

Die Notwendigkeit für eine fiskalpolitische Zeitenwende erkennen nicht nur wir. In den vergangenen Monaten und im Lichte der wirtschaftlichen Lage fordern immer mehr Expert*innen eine grundlegende Reform der Schuldenregeln. Konservative und arbeitgebernahe Ökonom*innen, viele Unternehmen und ihre Verbände, Gewerkschaften, der Sachverständigenrat (die „Wirtschaftsweisen“) und nicht zuletzt Ministerpräsidenten der CDU - sie alle sprechen sich dafür aus, Kredite über die bislang starren Grenzen hinaus zu ermöglichen. Renommierte Volkswirtschaftler*innen schlagen eine Vermögenssteuer vor und sogar der Bund der Steuerzahler spricht sich für einen höheren Spitzensteuersatz für Einkommensmillionär*innen aus. Große Sozial- und Umweltverbände stützen unsere Forderung nach Einführung eines Klimageldes zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Wir wollen den Menschen und den Unternehmen ihre Zuversicht wiedergeben. Deshalb wollen wir öffentliche und private Investitionen fördern und den öffentlichen Haushalten, insbesondere den Kommunen, wieder mehr Möglichkeiten geben, die notwendige klimaneutrale und digitale Modernisierung aktiv zu unterstützen.

Als GRÜNE haben wir dazu auf allen Ebenen konstruktive Vorschläge gemacht appellieren an unsere Koalitionspartner*innen und Mitbewerber*innen, zum Wohle unseres Landes gemeinsam einen Weg aus der verhärteten Debatte zu finden.

Mona Neubaur hat als NRW-Wirtschaftsministerin einen Vorschlag für einen Investitions-Booster zur Förderung privater Investitionen in klimafreundliche Maßnahmen gemacht. Jedes Unternehmen, das in klimafreundliche Maßnahmen investiert, soll darüber eine Steuergutschrift von 25 Prozent des Investitionsbetrags über den Abschreibungszeitraum erhalten. Damit kann der Staat mit jedem Euro das Dreifache an privaten Mitteln mobilisieren. Förderfähig wären Maßnahmen wie Investitionen in Schieneninfrastruktur, Wasserstoffnetze, energetische Gebäudesanierungen, Elektromobilität sowie Forschung und Entwicklung. Damit orientiert sich der Investitions-Booster an einem vergleichbaren Instrument des US-amerikanischen Inflation Reduction Act.

Die GRÜNE Bundestagsfraktion hat ihrerseits den „Deutschland-Investitionsfonds für Bund, Länder und Kommunen“ als Vorschlag entwickelt. Mit diesem Fonds sollen umfangreiche öffentliche Investitionen zweckgebunden in die Modernisierung und Dekarbonisierung der Wirtschaft sowie in Zukunftstechnologien ermöglicht und private Investitionen mit öffentlichen Geldern unterstützt werden. Der Fonds soll wichtige Infrastrukturprojekte wie den Ausbau und die Elektrifizierung des Schienennetzes, die Verbesserung der Radinfrastruktur und den Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur fördern. Zudem stellt er Mittel für Kommunen bereit, um dringend notwendige Investitionen in Schulbauten, Krankenhäuser, den öffentlichen Nahverkehr, bezahlbaren Wohnraum und Freizeiteinrichtungen zu ermöglichen.

Mit dem Deutschlands-Investitionsfonds soll auch Ländern und Kommunen die Möglichkeit eröffnet werden, ihre Zukunftsinvestitionen verstärkt über Kredite zu finanzieren. Dazu könnte im Grundgesetz nicht nur der Verschuldungsspielraum für den Bund, sondern auch für die Länder angepasst werden, die nach derzeitiger Rechtslage keinerlei Schulden machen dürfen.

Den Vorschlägen gemein ist, dass sie eine klare wirtschaftliche Zukunftsorientierung haben und damit ein Angebot an die Breite der politischen Landschaft formulieren, indem sie

- Notwendige Investitionen erleichtern - öffentliche und private,
- Den staatlichen Haushalten, gerade auch den kommunalen, Handlungsspielräume öffnen
- Transparent machen, was offensichtlich ist und Schluss machen mit dem Streit um vermeintliche oder reale Buchungstricks,
- Ausgaben für wirtschaftlichen Wohlstand nicht ausspielen gegen jene in die soziale Infrastruktur und damit den sozialen Frieden im Land wahren und
- Deutschland international anschlussfähig aufstellen und den Wirtschaftsstandort im harten Wettbewerb um die Zukunftstechnologien und -Industrien stärken.

Als GRÜNE in Nordrhein-Westfalen unterstützen wir diese Vorschläge und werben aktiv dafür, die Debatte um eine zukunftsfähige Haushalts- und Finanzpolitik offen und pragmatisch zu führen.

Begründung

erfolgt mündlich